

An die Redaktion  
mit der Bitte um Veröffentlichung

11.03.2005

## **AfA diskutiert Analyse und Forderungen zur Wirt- schaft im Landkreis**

Kreisvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit-  
nehmerfragen tagte

**Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Kreisverband Neuburg-Schrobenhausen beschäftigte sich beim jüngsten Treffen mit der Neuauflage der „Analyse und Forderungen zur Wirtschaft im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen“. Alfred Kreller (Karlskron), der für den verhinderten AfA-Kreisvorsitzenden Roland Angerer die Sitzung leitete, hatte dazu intensive Vorarbeit geleistet und legte ein umfangreiches Datenmaterial vor.**

Ziel war es, die bisherige AfA-Analyse und die Forderungen für den Wirtschaftsraum Neuburg-Schrobenhausen weiter zu entwickeln. Herausforderungen für den Landkreis Neuburg-Schrobenhausen seien das Pendlerdefizit von 7.169 Arbeitnehmern im Jahr 2003, zu geringe Anreize im Dienstleistungssektor und die Stagnation des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Umsätze im Vergleich zu den Landkreisen Eichstätt und Pfaffenhofen, von der Stadt Ingolstadt ganz zu schweigen. Außerdem müsse eine Bildungsoffensive den Landkreis attraktiver machen, so Kreller. In der nächsten Diskussionsrunde am 10. Mai sollen die von Kreller vorgelegten Statistiken ausgewertet werden.

### **AfA: EU-Dienstleistungsrichtlinie zurückziehen!**

Auf ihrer Kreisvorstandssitzung nahmen die SPD-Arbeitnehmer auch zum Entwurf für eine EU-Dienstleistungsrichtlinie Stellung. Die AfA setzt sich für einen fortschreitenden Integrationsprozess in Europa ein. Die europäische Einigung wird aber nur erfolgreich sein und bei den Menschen akzeptiert, wenn Wettbewerb und sozialer Ausgleich

in gleichem Maße entwickelt werden, so AfA-Kreisvorstandsmitglied Robert Huber (Schrobenhausen). „Einen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen können und wollen wir nicht gewinnen.“, so der AfA-Kreisvorstand. Der vorliegende Kommissionsentwurf für eine EU-Dienstleistungsrichtlinie wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Dies kann auch durch Ausnahmeregelungen nicht korrigiert werden. Der Kommissionsentwurf muss zurückgezogen werden, fordern die SPD-Arbeitnehmer.

Es müsse ein völlig neuer Prozess unter umfassender Einbeziehung der Sozialpartner, Verbraucher, öffentlichen Verwaltungen und der Parlamente auf allen Ebenen gestartet werden. Bei grenzüberschreitendem Einsatz von Beschäftigten müsse grundsätzlich das Arbeitsortsprinzip für alle Sozial- und Arbeitsbedingungen gelten und dessen Einhaltung muss von den Behörden am Arbeitsort kontrolliert und durchgesetzt werden können. Das Herkunftslandprinzip komme wenn überhaupt nur für abgrenzbare Teilaspekte in wenigen Sektoren als Lösungsansatz infrage und dürfe keineswegs der allgemeine Grundsatz sein, so Vorstandsmitglied Jakob Licht (Neuburg). Ein europäischer Wettbewerb um die niedrigsten Standards müsse ausgeschlossen werden.

### **Zusätzliche Maßnahmen zur Wirtschaftsankurbelung**

Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt diskutiert auch die AfA ein kommunales Investitionsprogramm, keineswegs ein „klassisches Konjunkturprogramm“, das zu viele Mitnahmeeffekte habe. Es gehe um Geld für die Kommunen, um die notwendigen Investitionen zu tätigen. Damit würde Bau- und Ausbaugewerbe angekurbelt. Die AfA befürwortet in Deutschland ein Volumen von 10 Milliarden Euro. Gerade im kommunalen Bereich gebe es einen großen Modernisierungsbedarf. Die Vergabe sollte so geregelt werden, dass die Aufträge dem örtlichen Handwerk und mittelständischen Betrieben zugute kommen, so Robert Huber. Von einem solchen kommunalen Investitionsprogramm sei ein Wachstumsschub von einem Prozent zu erwarten, mit entsprechenden Beschäftigungseffekten.

Im übrigen solle die CDU/CSU mit ihrem parteipolitischen Süppchen langsam aufhören. Schon seit 1996 wären die Arbeitslosenzahlen über 5 Millionen, wenn damals schon die arbeitslosen Sozialhilfeempfänger dazu gezählt worden wären. Außerdem fordert die AfA einen Kurswechsel von der Bundesagentur für Arbeit. Die klassischen Instrumente der Arbeitsförderung wurden dramatisch zurückgedrängt. Insbesondere der Kahlschlag in der Förderung der beruflichen Wei-

terbildung sei verheerend für ein Land, dessen Zukunftschancen in gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und innovativen Produkten und Dienstleistungen liegen, zeigen sich die SPD-Arbeitnehmer überzeugt.

### **Beratung eines gesetzlichen Mindestlohns**

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) auf Bundesebene denkt über einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland von 7,50 Euro brutto pro Stunde (bei einer 38,5 Stundenwoche 1.250 Euro brutto monatlich) nach. Die jährliche Dynamisierung des Mindestlohns sollte möglichst im Einvernehmen mit den Tarifpartnern erfolgen. Ein Bruttolohn von 1.250 Euro bedeutet einen Nettolohn von ca. 930 Euro im Monat für einen Vollzeitbeschäftigten. Ob dieses Instrument in der EU mit 25 oder dann mehr Staaten sinnvoll ist, will die Kreis-AfA in der nächsten Zusammenkunft ebenfalls diskutieren und entsprechende Anträge stellen.